

Medieninformation

Düsseldorf, 8. März 2024

Die Sachverständigenanhörungen in der 11. Kalenderwoche 2024

Anhörungen: Antisemitismus, Heizen mit Abwasser, Pflege, Löschung von Daten, Kita-Gründungen

In Sachverständigenanhörungen der Fachausschüsse äußern sich Expertinnen und Experten in der 11. Kalenderwoche 2024 zu unterschiedlichen Themen. Alle Anhörungen werden live im Internet übertragen (www.landtag.nrw.de).

Antisemitismus in Schulen

- ▶ Antrag: „Gegen Antisemitismus auf Schulhöfen und in Klassenzimmern: Systematisch Prävention gegen Antisemitismus und Mechanismen der Konfliktbewältigung im Schulumfeld etablieren“ ([18/6838](#); Antrag der FDP-Fraktion)
- ▶ Fachausschuss: Ausschuss für Schule und Bildung
- ▶ Zeit: Dienstag, 12. März 2024, 14.30 Uhr
- ▶ Raum: E3-D01
- ▶ [Tagesordnung](#)

„Antisemitische Vorfälle treten an allen gesellschaftlichen Orten auf – auch in unseren Schulen“, heißt es im Antrag der FDP-Fraktion. Erforderlich sei ein „umfassendes Konzept, welches ein systematisches Vorgehen gegen Antisemitismus im Schulsystem formuliert“. Die Fraktion regt u. a. die Errichtung einer Bildungsstätte für Schülerinnen und Schüler sowie Referendarinnen und Referendare an. Zudem solle die Landesregierung sicherstellen, „dass jede Schülerin und jeder Schüler in Nordrhein-Westfalen mindestens einmal in ihrer Schullaufbahn eine Gedenkstätte zur Erinnerung an die Gewaltherrschaft des Nationalsozialismus besucht hat“.

Heizen mit Abwasser

► Antrag: „Was dem Élysée-Palast recht ist, ist dem Ruhrgebiet billig: für eine soziale Wärmewende in Ballungsgebieten mit Abwasser heizen!“ ([18/6852](#); Antrag der SPD-Fraktion)

► Fachausschuss: Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie

► Zeit: Dienstag, 12. März 2024, 15 Uhr

► Raum: Plenarsaal

► [Tagesordnung](#)

Die SPD-Fraktion setzt sich in ihrem Antrag für das Heizen mit Abwasser ein. Besonders geeignet sei dafür das Ruhrgebiet: „Dichte Bebauung, Mehrfamilienhaussiedlungen und ein äußerst dichtes unterirdisches Kanalnetz können mit vergleichsweise wenig technischem und finanziellem Aufwand konstruktiv in der Wärmewende zusammengebracht werden.“ Über einen Wärmetauscher im Kanalrohr könne die Wärme in anliegende Gebäude überführt werden. Die Landesregierung solle u. a. Städte und Gemeinden informieren und auffordern, „die Potenziale der Abwärme aus Abwasser in den kommunalen Wärmeplänen zu berücksichtigen“.

Pflege

► Antrag: „Rettungsprogramm Pflege: Was NRW jetzt tun muss!“ ([18/6850](#); Antrag der SPD-Fraktion)

► Fachausschuss: Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

► Zeit: Mittwoch, 13. März 2024, 10 Uhr

► Raum: E3-A02

► [Tagesordnung](#)

Die Landesregierung müsse einen Schutzschirm in Höhe von 80 Millionen Euro zum Erhalt der sozial- und gesundheitsbezogenen Einrichtungen in Nordrhein-Westfalen auflegen, fordert die SPD-Fraktion in ihrem Antrag. „Alle Formen der Pflege, stationär, teilstationär und ambulant, stehen unter massivem Druck“, schreibt die Fraktion. Aktuellen Zahlen des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales zufolge gebe es in Nordrhein-Westfalen „mehr als viermal so viele Insolvenzen wie im Vorjahr“. Weitere Forderungen der Fraktion betreffen die Pflegeausbildung, die Unterstützung pflegender Angehöriger und die Stärkung des Pflegeberufs.

Löschung von Daten

► Antrag: „Persönliche Daten von unschuldig Verfolgten müssen sicher und für die Betroffenen nachprüfbar gelöscht werden“ ([18/5841](#); Antrag der FDP-Fraktion)

- ▶ Fachausschuss: Rechtsausschuss
- ▶ Zeit: Mittwoch, 13. März 2024, 16 Uhr
- ▶ Raum: E1-D05
- ▶ [Tagesordnung](#)

Die FDP-Fraktion kritisiert in ihrem Antrag die Lösungspraxis personenbezogener Daten in polizeilichen Datenbanken. Personen, bei denen sich im Laufe eines Strafverfahrens herausstelle, dass sie unschuldig sind, hätten grundsätzlich einen Anspruch darauf, dass ihre Daten durch die Polizeibehörden gelöscht werden. Nur wenn ein „Restverdacht“ bestehe, dürfe die Polizei nach einer Rechtsgüterabwägung die Daten gespeichert halten. In der Praxis übernehme die Polizei aber ungeprüft die Einschätzung der Staatsanwaltschaft und belasse es bei der Speicherung der personenbezogenen Daten, schreibt die Fraktion. Das sei rechtswidrig. Die Landesregierung solle u. a. eine Regelung im Polizeigesetz schaffen, „nach der die Löschung personenbezogener Daten ehemals Beschuldigter als Regelfall normiert wird und nach einem festgelegten Zeitablauf automatisch erfolgt“.

Kita-Gründungen

- ▶ Antrag: „Ermöglichen statt ausbremsen – Kita-Gründungen durch Elterninitiativen vereinfachen und stärken“ ([18/6366](#); Antrag der FDP-Fraktion)
- ▶ Fachausschuss: Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend
- ▶ Zeit: Donnerstag, 14. März 2024, 10 Uhr
- ▶ Raum: E1-D05
- ▶ [Tagesordnung](#)

In Nordrhein-Westfalen fehlten rund 100.000 Kita-Plätze, schreibt die FDP-Fraktion in ihrem Antrag. Einen Beitrag zum Platzausbau könnten durch Elterninitiativen getragene Kindertagesstätten leisten, so die Fraktion. Allerdings scheiterten sie „zu häufig“ an bürokratischen Hürden. Es sei erforderlich, „eine Kultur des Ermöglichens zu etablieren“. Die Landesregierung solle u. a. im Austausch mit Landesjugendämtern, Kommunen und Vertretern von Elterninitiativen „die größten Fallstricke bei der Gründung einer Kita“ identifizieren und diese anschließend beseitigen.